



Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 10.— Mk., von auswärts 12.50 Mk. ...

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. ...

Nr. 218

Montag, den 11. September 1922

13. Jahrgang

Danziger Finanzfragen vor dem Völkerbund.

Danziger Schaßscheine in fremder Währung.

Die Danziger Finanzkrise war am Sonnabend Gegenstand der Sitzung des Völkerbundesrats. Auf Grund des bereits mitgeteilten Gutachtens des Finanzkomitees faßte der Völkerbundrat folgende Beschlüsse: 1. Die Reparationskommission und die Völkervertragskonferenz werden aufgefordert, sich über die Maßnahmen zu äußern, die zur Erleichterung der Finanzschwierigkeiten der Freien Stadt Danzig zu ergreifen sind.

Der polnische Vertreter Kistenay kündigte an, daß seine Regierung der Freien Stadt konkrete Vorschläge zur Regelung der Finanzschwierigkeiten machen werde.

Im Verlauf der Generaldebatte des Völkerbundesrats am Sonnabend sprach zum ersten Male in der diesjährigen Versammlung der Vertreter Frankreichs, und zwar der frühere Außenminister Sanjoux. Er gab mit deutlicher und scharfer Betonung folgende Erklärung über die saarländische und Danziger Frage ab: „Nach Vorrede“ ...

Was das Gebiet der Freien Stadt Danzig anbetrifft, so sehen wir dank dem Gelste der Gerechtigkeit und Verschönlichkeit, der den Oberkommissar General Gating befehle, wie sich die Interessen herausarbeiten und sogar übereinstimmen, und alles läßt erwarten, daß sie in kurzer Zeit zu einer Zukunft der Arbeit und des Wohlbefindens führen werden, wie sie die Natur der Lage der beiden Teile erfordert.

Eigene Währung in Danzig.

Von Johannes Buchholz.

Wir geben nachstehend einem Artikel unseres Mitarbeiteren Raum, ohne uns in allen Einzelheiten mit ihm zu identifizieren. Der Verfasser hat seine Danziger Währungsansichten ausführlich in einer kürzlich erschienenen Broschüre „Danziger Währung“ niedergelegt.

Die Stellungnahme der Organe des Völkerbundes in der Danziger Finanzfrage ist für die Volkswirtschaft von Danzig von außerordentlicher Bedeutung. In der Danziger Währungsfrage läßt sich eine richtige Stellung nur gewinnen, wenn man sie völlig vorurteilsfrei, nüchtern und ruhig nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet.

Weg nach 24-jähriger Erfahrung auszuschließen. Wieberholt ist von führenden Danziger Männern feierlich erklärt worden, man wolle nur Danziger Interessen vertreten. Dies ist besonders wichtig für die Währungsfrage. Unser Ziel muß sein, für Danzig den wirtschaftlichen Aufbau zu ermöglichen und die Selbständigkeit des Freistaates auch in Bezug auf die Währung zu erreichen und zu erhalten.

Es ist nicht leicht, sich in Währungsfragen ein klares Urteil zu bilden. Erstimmt wird diese Urteilsbildung durch die widersprechendsten und unlogischsten Behauptungen, ferner durch Interessen, die dem Allgemeinwohl entgegengefeßt sind. Die jetzt auch in Genf anerkannte Notwendigkeit der Einführung einer eigenen Danziger Währung habe ich schon vor einiger Zeit in meiner Zeitschrift „Danziger Währung“ der hiesigen Öffentlichkeit vorgelegt. Die üblichen Einwände gegen eine eigene Währung habe ich darin widerlegt. Dann habe ich eingehend dargelegt, auf welcher Grundlage diese Währung aufgebaut sein muß, wie sie eingeführt und später verwaltet werden soll.

Daß es sich bei dieser von mir vorgeschlagenen Währung nicht etwa nur um ein Stadtgeld, also ein sog. Notgeld, handele, sondern um Staatsgeld und somit ein gesetzliches Zahlungsmittel, bedarf keiner Erörterung. Wie jedes andere Geld, soll auch die Danziger Mark nur im eigenen Staat die gesetzliche Anerkennung genießen. Der Durchgangshandel wird durch die Danziger Währung überhaupt nicht berührt. Die Einfuhr und Ausfuhr zwischen Danzig und dem Auslande erfolgt Ware gegen Ware.

Wird die Danziger Währung nach diesen Grundsätzen eingeführt und verwaltet, dann bleibt ihre Kaufkraft fest. Nach einer kurzen Ubergangszeit, in der sich die Löhne, Gehälter und sonstigen Einkommen mit den Preisen ausgleichen, hören die fortgesetzten allgemeinen Preiserhöhungen auf.

Ende des Poststreiks in Polen.

In Verhandlungen zwischen dem Minister für Post und Telegraphie und der obersten Verbandsleitung der Post- und Telegraphenbeamten ist eine Einigung zustande gekommen. Die Arbeit wurde am 9. September mittags wieder aufgenommen.

Griechenland bittet um einen Waffenstillstand.

Smyna gefallen.

Der griechische Hauptstützpunkt in Kleinasien, Smyna, ist in die Hände der Türken gefallen. Das Pariser Marineministerium empfing eine Depesche aus Smyna, nach der die Stadt Smyna durch die zweite türkische Kavalleriedivision besetzt worden ist. Alles verlief ruhig und ohne die geringste Inzorntheit der türkischen Truppen.

Über die Einnahme von Smyna wird berichtet, daß die in der Stadt befindliche griechische Armee von den Türken gefangen worden sei. Auch sei es den Griechen nicht gelungen, das in Smyna angehäufte Kriegsmaterial zu retten. Mustafa Kemal Pascha und eine Anzahl Mitglieder der türkischen Nationalversammlung haben sich nach Smyna begeben.

Die griechische Regierung hat durch die Vermittlung der Alliierten in Konstantinopel bei der Regierung von Ungarn einen Waffenstillstand nachgeholt. Parlamentarische Kreise Ungarns halten diese Vermittlung für unangebracht. Man müsse erwarten, daß der griechische Generalissimo sich direkt an den türkischen Oberbefehlshaber wende. Die Türken stellen folgende Bedingungen für einen „Waffenstillstand“ auf:

Vollständige Abnahme Kleinasien und Thrakiens einschließlich Konstantinopel durch die Griechen. Sofortige Zurückziehung der griechischen Armee aus den türkischen Gewässern und Anerkennung der Reparationsverpflichtung für die von den Griechen angelegten Schäden.

Der italienische Geschäftsträger hat eine Note seiner Regierung überreicht, in der diese die französische Regierung ersucht, sich mit ihr und der griechischen Regierung zu verständigen und Vertreter zu einer Konferenz in Rom zu entsenden, die die Grundlage für einen eventuellen Vorstößen zwischen Griechenland und der Türkei bilden soll und zu der auch Vertreter Griechenlands und der Türkei eingeladen werden sollen.

„Petit Parisien“ meldet, daß die griechischen Behörden im Bezirk von Biga an der asiatischen Küste des Marmarameeres und der Dardanellen die Gegend verlassen und durch ein alliiertes Kontingente ersetzt worden seien. Die Nachricht sei amtlich nicht bestätigt, aber das Wort glaubt an der Erklärung etwächt zu sein, daß, wenn sie richtig sein sollte, sie eine informelle Entsendung französischer Kontingente in diese Gegend zur Folge haben würde.

Die Garde aus Angora meldet, daß dort die Nachricht von der Abnahme englischer Truppenabteilungen an der Küste des Marmarameeres Erkennen hervorgerufen. Man sei in Angora der Ansicht, daß diese Bewegung nur die Vorstufe der kemalistischen Truppen dauern könne, andererseits werde die türkische Armee gezwungen sein, sich dem Ansturm der englischen Truppen auf Kleinasien-Gebiet zu widersetzen.

England ist besorgt um seine Macht über die weitere Entwicklung des Vorkriegs, die ihm Griechenland sichern sollte. Frankreich ist entsprechend besorgt von dem Siegen seiner Türken. Bei einer neuen Reparationskrise kann man also wieder das für uns so erquickliche Spiel aufspielen: Gault du wieder Türken, han ich keinen Deutschen! Den ersten Wunsch hat Angora übrigens von Moskau erhalten, und der türkische Außenminister sagt in seiner Antwort, Rußland sei die erste Macht, die den Türken eine beständige Hand in den Tagen ihrer Schwierigkeiten geboten habe.

Unterbrechung der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schatzwechsel wurden Sonnabend zu Ende geführt. Ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Schatzwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlängerung nach Auffassung der belgischen Delegierten über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden morgen mittag nach Brüssel reisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten; sie betrachten ihr oben aufgeführtes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

„Times“ meldet aus Brüssel, daß die Abreise der belgischen Delegation aus Berlin nicht als ein endgültiger Abbruch der Verhandlungen angesehen werden dürfe. Die belgische Delegation wäre zurückgekehrt, um sich mit ihrer Regierung zu beraten. Ministerpräsident Thunis werde die Frage dem morgen stattfindenden Ministerrat unterbreiten.

an und verlangte eine Verlängerung der Entschuldigungsfrist um 2 bis 3 Tage. Dasselbe wurde bis 8. September mittags verlängert. Nachdem auch da keine Entscheidung eingegangen war, wurden die Verhandlungen endgültig abgebrochen, weil die Dispositionen über den Zeitplan des Stadttheaters eine längere Parteilichkeit unmöglich machten. Herrn Direktor Sandmann wurde schriftlich davon Mitteilung gemacht.

Am Interesse der Verbesserung unserer Theaterverhältnisse muß dieser Ausweg der so ausschließlich eingeleiteten Verschmelzungsverhandlungen sehr bedauert werden, um so mehr, als auch die „Vollbühne“, die ja im Wilhelmtheater Unterkunft finden sollte, davon betroffen wird. Wie wir hören, wird jedoch eine Fortführung der „Vollbühne“ trotzdem möglich sein, nur wird eine nicht unerhebliche Veränderung ihres Arbeitsplanens erfolgen müssen.

Das Anziehen der Preisschraube.

Unverantwortliche Erhöhung des Milchpreises.



Die auf sozialdemokratisches Drängen erfolgte Bekämpfung eines allerdings noch reichlich hohen Milchpreises für Ackerbauern und Kleinrentner hat die einseitige beschriebene Richtschnur für den Haushalt des kleinen Mannes bleiben. Denn was sich in den letzten Tagen wieder an sonstigen Preiserhöhungen gezeigt hat, geht weit über das erwartete und erträgliche Maß hinaus.

Das trifft vor allen Dingen auf die am Sonnabend verhängte Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität zu. Die Preise dafür sind durchgängig fast verdreifacht. Begründet wird die Erhöhung mit dem teuren Kohlenpreise. Die Preiserhöhung für Gas ist jedoch um so unverständlicher, als der Etat der Gasanstalt im vergangenen Jahre einen Ueberschuß von 15 Millionen Mark hatte. Wenn sich auch der leitende Mann der städtischen Betriebe auf den Standpunkt gestellt hat, möglichst großzügig zu arbeiten, so muß man sich doch bei den Preiserhöhungen fragen, ob nicht wirklich in „arbeitslose“ vorgegangen wird. Denn vom Haushalt des kleinen Mannes sind diese Preiserhöhungen wirklich nicht mehr aufzubringen. Es wäre notwendig, daß die Stadtverordnetenversammlung wieder dazu übergeht, die Festlegung der Preise wieder selbst in die Hand zu nehmen. Die bürokratische Mehrheit hat es gegen den Willen der Linken für richtig gehalten, dem Delegierten unbeschränkte Vollmacht für die Preisfestsetzungen zu geben. Selbst der für die Verwaltung der städtischen Betriebe bestehende Ausschuss wird dabei nicht mehr gehört. Die jetzt erfolgten unerträglichen Preiserhöhungen zwingen jedoch zu einer Nachprüfung der Preise und zu einer Milderung des Verfahrens, damit die Bevölkerung Gewissheit erhält, daß von ihr nicht unbedingt mehr gefordert wird, als notwendig ist.

Zu dieser gewaltigen Belastung des Haushaltes soll jetzt noch eine neue Erhöhung des Milchpreises treten. Denn wie berichtet wird, fand am Sonnabend eine Sitzung des Milchverbandes statt. In dieser machte — man wundert sich bei unserm Senats ja über gar nichts mehr — Senator Karaw selbst den Vorschlag, den Milchpreis auf 20 Mark zu erhöhen. Die Vertreter der Landwirte stimmten dieser Erhöhung selbstverständlich gern zu, nur verlangten sie, daß ihnen diese Erhöhung allein zugute kommen soll. Die Vertreter des Groß- und Kleinhandels verlangten jedoch ebenfalls ihr Teil an dieser Preiserhöhung. Zum Schluß wurde man sich dahin einig, vom 15. Sept. ab den Milchpreis im Kleinverkauf auf 20 Mk. pro Eiter und den Mittelpreis auf 20 Mk. das Pfund zu erhöhen. Die Preise treten jedoch erst in Kraft, wenn sie vom Senat als Höchstpreise festgelegt worden sind. Borek bleiben noch die Preise von 14 Mk. und 16 Mk. bestehen.

Wir haben diese Entwicklung des Milchpreises vorausgesehen, als der Senat dazu überging, selbst im Frühjahr und Sommer in der Zeit der besten Milchertätigkeit allen Forderungen der Interessenten nachzugeben. Damals hätte man diese verhängnisvolle Preisentwicklung, die für die Kinder der breiten, minderbemittelten Schichten dauerndes Siechtum bedeutet, hintanhalten müssen, um die Milchpreise mit dem Eintritt des Herbstes auf einer erträglichen Höhe halten zu können. Der Senat hat seinerzeit, obwohl er die künstliche Überblähung des Milchpreises selbst ein sah und eine Preisfestlegung in Erwägung zog, nicht den Mut zum ersten Einschreiten gefunden. Zum Schluß auf alle Forderungen auf Beschränkung der Preissteigerungen und des Wuchers macht er sich jetzt selbst zum Schrittmacher der Preiserhöhungen. Für die erwerbsfähige Bevölkerung wird es demgegenüber zur unabweisbaren Pflicht, zunächst durch Lohnerhöhungen die eigenen Arter Familien zu sichern und sich geschlossen hinter die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu stellen, um gegen jeden Preiswahnwitz energisch anzukämpfen.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, entschließen die Verliche über eine neue Erhöhung des Brotpreises vorerst jeder Grundlage. Eine solche Erhöhung wäre um so unüberwindlicher, als Danzig mit seinen Brotpreisen bereits jetzt schon an der Spitze der Großstädte marschiert.

Der Volkstag wird sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit nachstehender Tagesordnung beschäftigen: Erste Beratung eines Einkommenssteuergesetzes. Dritte Beratung eines Gesetzes über die Pauschalbeiträge für die Spruchkörper bei dem Überwachungsamt. Zweite Beratung eines Gesetzes über die Festsetzung des Staatshaushaltsplanes für 1921. Zweite Beratung der Gelegenheitswörter betr. die vierte, fünfte und sechste Änderung der Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten.

Die Verteilung der Altershilfe. In der 2. Sitzung des Hilfsausschusses der Altershilfe wurden etwa 350 Anträge von Antragstellern im Alter von über 75 Jahren erledigt und über 200 000 Mark verteilt. Höchst so, verbat will es uns erscheinen, daß bei der Verteilung der gesammelten Gelder die kirchlichen Organisationen einen so großen Einfluß ausüben. In der Veröffentlichung der Altershilfe wird darauf hingewiesen, daß die Anträge auf Bewilligung von Unterstützung bei den Pfarrämtern und Gemeinde-

schwärmern zu stellen sind; nebenbei wird dann bemerkt, daß auch bei den anderen Organisationen, z. B. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, beantragte Anträge gestellt werden können. Wer sich aber direkt an die Altershilfe wende, muß mit einer Verzögerung seines Antrages rechnen. Ein solcher Verteilungsmodus liegt kaum im Sinne der Geldspender, die aus allen Bevölkerungsschichten kommen. Es liegt doch die Vermutung nahe, daß die kirchlichen Organisationen sich ihrer Anhänger mit besonderem Eifer annehmen. Für Personen, die sich der Kirche abgewandt haben, ist der Weg ins Pfarrhaus sicherlich nicht angenehm. Wenn also die Gerechtigkeit der Bevölkerung nicht erlassen werden soll, muß in dem Verteilungsplan eine Milderung eintreten. Mitgeteilt sei noch, daß Anträge, die bei der Verteilungsaktion am Mittwoch berücksichtigt werden sollen, spätestens am Sonnabend vorher in der Geschäftsstelle Ellstraße 8, Zimmer 18, 2 Treppen, eingegangen sein müssen.

Neue Wege in der Wohnungswirtschaft.

Von der Senatsprekette wird uns geschrieben:

Um dem Wohnungsmangel abzuhelfen, hat die Stadtverwaltung in Danzig eine große Anzahl Reihenhäuser mit Kleinwohnungen, die sich äußerlich als Mietwohnungen kennzeichnen, in der Ausführung begriffen. In diesen Häusern werden zunächst 180 Zweizimmerwohnungen am Ladesweg und Seeresanger (d. h. die neue Straße an der ehemaligen Telegraphenkaserne) beauftragt. Es handelt sich nun darum, einen Weg für die Vergabe der Wohnungen zu finden, der sowohl für die Allgemeinheit, als auch für den Stadtkäufel, als auch für den späteren Wohnungsinhaber am besten erträglich ist. Das bisher übliche Verfahren, die städtischen Häuser und Wohnungen an amlich geführte Wohnungssuchende zu vermieten und städtischerseits zu verwalten, hat sich als nicht bewährt. Die Fortsetzung und Anwendung dieses Verfahrens auf neue Wohnungen würde anßerdem den städtischen Beamtenapparat, dessen Anwachsen im Interesse des Stadtkäufels mit Recht bedauert wird, dauernd weiter vergrößern und damit die Verwaltungskosten, die, soweit sie nicht durch die Mieten aufkommen, durch Steuern aufgebracht werden müssen, wesentlich erhöhen. Auch das jetzt wenig schöne Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter, das auch auf die städtischen Wohnungen seine Schatten wirft, wird durch neue Wohnungen, die nicht zu den billigen Mieten der alten Wohnungen abgehen werden können, eher noch verschlechtert als gebessert werden.

Die Stadtverwaltung beschreitet nun einen neuen Weg, der die genannten und auch andere nicht genannte Mängel umgehen soll. Es sollen nämlich große Wohngenossenschaften mit ehrenamtlich tätigen Vorständen gebildet werden, an die der städtische Grund und Boden mit Erbschaftsrecht übertragen und die Häuser verkauft werden. Der Kaufpreis wird der Genossenschaft zum weitaus größten Teil als unverzinsliches Darlehen anzurechnen; es ist nur ein kleiner Bruchteil der Darlehenskosten aufzubringen bzw. zu verzinsen. Die Grundstückskosten werden aber dennoch so hoch sein, daß die laufenden Wohnungskosten, abgesehen von der einmaligen Einzahlung und den Leistungen der Mitglieder hinsichtlich der Wohnungsinstandhaltung, wesentlich höher werden, als die Miete in gleich großen alten Wohnungen. Dafür tritt aber gegenüber den alten Wohnungsverhältnissen eine Verbesserung ein, als jedes Mitglied durch die vom Wohnungsdarlehensnehmer zu bestrahlende Ausnahme das Recht erhält, eine Genossenschaftswohnung erhält. Dieses Recht ist allerdings auch mit Pflichten verbunden, deren Erfüllung dem Wohnungsdarlehensnehmer jedoch nicht schwer fallen wird, da es sich nur um den Besitz und die Instandhaltung der eigenen Wohnung handelt. Die Bedingungen für die Erwerbung der Mitgliedschaft gibt die Stadtverwaltung bekannt.

Das es sich in vorstehenden Fällen, wo in der Hauptsache städtische Mittel zum Wohnungsbau hergegeben sind, nur um Danziger Staatsangehörige handeln kann, ist selbstverständlich. Es ist auch erklärlich, daß manchem Interessenten eine solche Genossenschaftswohnung im Augenblick teuer scheinen wird. Aber im Hinblick auf die freundlichen, hellen Wohnungen in solide gebauten Häusern mit Wirtschaftsdächern vor der Küche, freiem Ausblick auf einen dunklen, dampfen Hof auf einen großen, vornehmten Häuserblock an vier Ecken eingeschlossenen Garten und Anteil daran, Spielplatz für die Kinder, Waschtrockenplätze und vielen anderen Annehmlichkeiten gegenüber den alten Wohnungen, werden die neuen Wohnungen für den geforderten Preis nicht zu teuer verkauft, zumal bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung sich der Wohnungskostenbeitrag auf der angegebenen Höhe halten kann, wenigstens solange, bis er durch die steigenden Mieten der alten Wohnungen eingeholt wird.

Es ist zu erwarten, daß diese der Wohnungswirtschaft einiger Dinstler bereits bestehenden Genossenschaften absehbare Vergeltungsart für städtische Wohnungen sich bewähren wird und daß damit für beide Teile, sowohl für die Stadt, als für die Allgemeinheit, als auch für die Wohnungsinhaber, eine befriedigende Lösung in dieser wohnungswirtschaftlichen Frage gefunden ist.

Die „Freie Volksbühne“ eröffnete gestern mit Hauptmanns „Fuhrmann Henschel“ ihre diesjährige Winterzeit. Die Aufführung nahm, wie unser W. O. Mitarbeiter mitteilt, dank einer Darbietung von hervorragender künstlerischer Geschlossenheit, einen glänzenden Verlauf. Auf eine kritische Würdigung werden wir feinerzeit zurückkommen.

Wandtagswechsel im Volkstag. Der Abg. Ueberholz (N. S. D.) hat sein Posttagsmandat wegen „ärgerlicher Arbeiten“ niedergelegt. Der nächstfolgende der Kandidatenliste, Wladimir Simonowitsch, hat für Deutschland optiert und kommt deshalb als Nachfolger nicht in Betracht. Der nächstfolgende der Liste, Krüger-Brunau, hat verzichtet. Es folgt dann Böbeling, Danzig, der das Amt annehmen wird.

Die Beamtenbesoldungsgesetze (I. 5. und 6. Änderung der Dienstbezüge der Beamten) sind vom Senat ausweislich an den Volkstag zurückgegeben worden. Der Ausschuss ersucht die Annahme der Gelegenheitswörter.

Stadttheater Danzig. Die Frau von Kronau unpathisch ist, kann die für heute, Montag, angelegte Aufführung von „Die Entführung aus dem Serail“ nicht stattfinden. Es wird

heute „Rote Rose“, Opernspiel in 3 Akten von Richard Wagner gegeben. Große Karten behalten ihre Gültigkeit, wer können an der Kasse des Stadttheaters umzutauschen werden.

Tödlicher Unglücksfall auf dem Hauptbahnhof. Beim Einsteigen in den Pererzug nach Langfuhr verunglückte am Sonnabend abend gegen 9 Uhr ein etwa 30 Jahre alter Mann. Die Ärmel zwischen Bank und Türschwelle und wurde zu Tode gewürgt. Nach dem bei der Leiche vorgefundenen Ausweis handelt es sich um eine Kaufmannsfrau aus Warschau.

Gesetzte Arbeiterunterstützung. In der Woche vom 27. August bis 2. September 1922 sind in der Stadtgemeinde Danzig einhundert der Gemeinderäte Danzig und Danzig an Arbeiterunterstützung gezahlt worden: 25 000,00 Mark an 100 Personen, gegenüber 24 000,00 Mk. an 125 Personen in der Vorwoche.

Preiserhöhung bei den Kleinbahnen. Auf Befehl vom 15. September 1922 tritt ansehablich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine weitere Erhöhung der Tarife für im Personen-, Güter- und Tierverkehr ein.

Die neue Gebührensordnung für Hebammen sagt eine Veranlassung der Hebammen vor. Den Hebammen steht für den Besuch bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 6 Stunden 12—18 Mark, für jede folgende Stunde 12—24 Mark zu. Die Gebühr für den Besuch bei einer Zwillinggeburt oder regelmäßigen Geburt beträgt für die Dauer bis zu 6 Stunden 100 bis 200 Mark, für jede folgende Stunde 12—24 Mark. Die Beiträge für die übrigen Leistungen sind ebenfalls erhöht worden.

Die Straße „Miles Hof“ gesperrt. Wegen sofortiger Angriffsnahme des Hundes „Miles Hof“ — Ecke Straßengasse — (Ausbau des Postamtes) wird die Straße „Miles Hof“ von sofort auf vier Wochen gesperrt.

Vermieter Anrede. Am 28. August 1922 hat der am 8. Februar 1900 zu Danzig-Langfuhr geborene, russischer Staatsbürger bei den Eltern wohnhaft gewesene Schüler Otto Stetke, die ehemalige Wohnung zwecks Schulbesuch verlassen und ist nicht wieder zurückgekehrt. Wer über den Aufenthalt des Anabens Angaben machen kann, wird ersucht, dies den Eltern mitzuteilen. Auch bittet das Polizeipräsidium, Mitteilung in Zimmer 75, zur zweckdienliche Mitteilung.

Der Fußballkampf Danzig-England. Der Danziger Kampfsportklub hatte die hier zu Gast weilende Mannschaft des englischen Fußballclubs zu einem Fußballspiel aufgefordert. Am Sonnabend nachmittag stellte sich den Engländern die Danziger Stadtmannschaft mit einem Erfolge Danzig vor den Gästen im Zusammenstoß überlegen und vertagte das Spiel zum großen Teil in die Spielhälfte des Gegners. Kühnste Angriffe der Danziger hatten keinen Erfolg, es wurde viel dauern geschossen. Durch eine unverständliche Entscheidung des Schiedsrichters wurde den Gästen ein Elfmeter zugesprochen, der auch verwandelt wurde. Mit 1:0 für England wurden die Seiten gewechselt. Es hatte den Anschein, daß Danzig trotz seiner häufigen Angriffe seinen Ausstecher erhalten würde. 20 Minuten vor Schluß glich der Mittelstürmer Danzig durch einen langen Schuß aus und in kurzen Abständen folgten noch drei weitere Tore. Danzig blieb mit 4:1 Sieger. In der Danziger Mannschaft waren der Torwart, Verteidigung und die Stürmer auf. Auch die Mittelstürmer und der Halbkäufer setzten ein schönes flaches Passspiel, während die Außenleute aber wenig Abgesehen verfielen. Unschön war das Spiel des Halbkäufers, der sich seines unfairen Spiels wegen ausstellte. Die englischen Gäste setzten gute Einzelleistungen, doch im Zusammenstoß waren sie nicht so gut, wie die Danziger, was auf ein schlechtes taktisches Spiel zurückzuführen ist.

Polizeibericht vom 10. und 11. September 1922. Begegnungen 11 Personen, darunter 7 wegen Diebstahls, 8 wegen Hehlerei, 1 wegen Unterschlagung, 2 wegen Betrugs, 1 wegen Handelns mit falschen Noten, 8 wegen Schlägerel, 2 wegen Verdringung, 1 wegen Trunkenheit und Sachbeschädigung, 4 wegen Vandalenbeschädigung, 1 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, 1 zur Festnahme aufgegeben, 15 in Polizeihast.

Ein Kreislauf des Kreises Danziger Höhe findet am Mittwoch, den 27. September statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Beschlussefassung über die Erhöhung des Brotpreises der Heberlandzentrale Straßschin-Prangsdorf, Ausbau der Wege Meißnerwalde-Göfen und Meißnerwalde-Varenhütte als Kreisweg, Antrag auf Erhöhung der Diäten der Kreisratgeber, Anträge sowie der Kreisratgeber- und Kommissionsmitglieder.

Prakt. Verlegung der Fürsorgepreiskunden. Die Sprechstunden für die Kinder- und Mütterberatungsstelle in Prast am 1. Sonnabend im Monat werden ab sofort statt von 12—1 Uhr mittags von 10—11 Uhr vormittags abgehalten.

U. Z. Lichtspiele. Ein sehr auteristischer in der zweiten Teil des nordischen Dramas „Miser gemeinsam ständiger Freund“. Die Handlung ist einem französischen Roman entnommen und hebt sich schon dadurch vorteilhaft gegen die übliche Kinohandlung ab. Dazu bietet der Film außerordentlich hübsche Bilder aus der Niederweidertzeit. Im Wunderland Indien führt der Herr Andre Film „Die Tänzerin von Shiranapur“. Sehr hübsch sind in diesem Film die Tierdarstellungen. Eine drastische Prozedur „Lippenschnitt im Panoptikum“ beschließt den Spielplan.

Flamingo-Bühne. Den Hauptteil des dieswöchigen Spielplans bildet das große Filmdrama „Etschko“. Der Stoff ist dem bekannten Schafstrolacher Roman entnommen. Der Vortrag des Films gegenüber dem Bühnendrama ist, daß er prächtige Bilder auf dem mittelalterlichen Leben der Dogenstadt gibt. Den Titelhelden verkörpert Emil Danneberg, dessen Tüchtigkeit in der Darstellung historischer Charaktere nicht zu bestreiten ist. Eine sehr interessante Leistung bietet Werner Zeitling als der schüchternen Jago. Ein anderer Film, „Mittelschmerz“ behandelt die Liebesleben eines Großstadtjünglings im üblichen Sinnemodus.

Heutiger Devistenstand in Danzig.
(Gezinstellt um 12 Uhr mittags.)
Polnische Mark: 21, — am Vortage 19, —
Amer. Dg. 1525 „ „ „ 1340
Englische Pfund: 7000 „ „ „ 5900

